

Jugendpolitischer Zwischenruf

Mit großer Sorge betrachten die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses in Bayern die Situation junger Geflüchteter mit ungesicherter Bleibeperspektive. Dazu gehören vor allem junge Menschen, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde, für die aber aus Gründen, die sie nicht selbst zu verantworten haben, eine Ausreise unmöglich ist. Zu nennen sind aber auch junge Geflüchtete, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen sind, bei denen aber zu erwarten ist, dass der Asylantrag nicht bewilligt wird. Vor dem Hintergrund unserer vielfältigen Erfahrungen im Bereich der öffentlichen wie freien Kinder- und Jugendhilfe in der Arbeit mit jungen Geflüchteten sehen wir uns veranlasst, einen mahnenden Zwischenruf an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung sowie die Öffentlichkeit zu formulieren.

In den letzten Jahren ist die Zahl junger Geflüchteter stark gewachsen. Insbesondere seit 2015 haben viele gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen, Staat, Politik und die Fachpraxis viel dazu beigetragen, dass bis heute über eine halbe Million unter 26-jähriger geflüchteter Menschen motiviert werden konnten, sich zu integrieren. Für die Kinder- und Jugendhilfe stehen dabei – entsprechend internationalen Vereinbarungen – immer das Kindeswohl und der Bedarf der Einzelnen im Mittelpunkt. Ziel muss es sein, auch jungen Geflüchteten, die sich nicht auf Dauer in Deutschland aufhalten werden, für diese Zeit eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben in Deutschland zu ermöglichen. Junge Geflüchtete sind in erster Linie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, wie der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung feststellt. Auch sie brauchen, solange sie sich in Deutschland aufhalten, eine sinnstiftende Alltagsstruktur, müssen sich mit Blick auf ihre Zukunft qualifizieren, einen Ort zum Leben finden und es gilt, ihnen Möglichkeiten für eine selbstständige Lebensführung zu eröffnen.

Dabei stehen sie vor einer Reihe von besonderen Herausforderungen, die zu bewältigen sind: sie müssen, teils nach monatelanger, zum Teil lebensgefährlicher und belastender Flucht auch bei ungesicherter Bleibeperspektive schnell Deutsch lernen, sich in einer fremden Kultur zurechtfinden, die Regeln des Zusammenlebens unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kennen lernen und akzeptieren, einen mitunter langwierigen, oft zermürenden und nicht immer einfach nachvollziehbaren Asylprozess durchhalten; sie wollen Sozialkontakte außerhalb der Unterkunft knüpfen und sich im Gemeinwesen engagieren, wie im Sportverein, in Jugendgruppen, im Jugendzentrum und vieles mehr.

Auch junge Menschen mit ungesicherter Bleibeperspektive sollen ihre Zeit in Deutschland gewinnbringend für sich nutzen können. Dabei wird ihnen immer wie-

Dienstgebäude
Marsstraße 46
80335 München



Öffentliche Verkehrsmittel
 Tram 16/17
Hopfenstraße

 **Vor dem Gebäude**

DAS JUGENDAMT.
www.unterstuetzung-die-ankommt.de

Vermittlung
0 89 / 12 61-04
Zentrales Telefax
0 89/ 12 61-22 80

E-Mail
poststelle-blja@zbfs.bayern.de
Internet

www.blja.bayern.de
Überweisungen an:

Staatsoberkasse Landshut
Bayer. Landesbank München

IBAN: DE75 7005 0000 0001 1903 15, BIC: BYLADEM

der der Eindruck vermittelt, dass aktives Bemühen z. B. um Spracherwerb oder Schulabschluss ihnen eine Zukunft in Deutschland erschließen würde oder sie zumindest für die Zukunft gerüstet wären. Zugleich nehmen wir seit einiger Zeit politische Tendenzen wahr, die sich immer wieder auch in Form eines sehr restriktiven Ordnungsvollzugs und der Einschränkung von Bildungs-, Qualifizierungs- und Zukunftsperspektiven vor allem der oben genannten Gruppen junger Geflüchteter konkretisieren. Vor dem Hintergrund unserer vielfältigen Erfahrungen in der Arbeit mit jungen Geflüchteten machen wir uns Sorgen, dass damit kontraproduktive Effekte erzeugt werden.

Vor allem in Fällen mit ungesicherten Bleibeperspektiven oder hoher Zukunftsunsicherheit aufgrund eines abgelehnten Asylantrages bei gleichzeitiger nicht möglicher Abschiebung oder Ausreise befinden sich die betroffenen jungen Menschen in einer paradoxen Situation. Diese Gruppe junger Geflüchteter hat faktisch keine Aussicht auf eine Beschäftigungserlaubnis, die Voraussetzung für eine Beschäftigung, eine berufliche Ausbildung und sogar für ein Betriebspraktikum ist. Ebenso wenig greifen die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit bzw. der Jobcenter, da diese Angebote nur für Personen mit guter Bleibeperspektive ausgelegt sind. Sie befinden sich de facto in einer meist nicht absehbaren Wartesituation mit all ihren negativen Folgen. Zugleich wird erwartet, dass sie während ihres Aufenthaltes in Deutschland sich an die hier gültigen Regeln halten, ihren Alltag bewältigen und die für jungen Menschen charakteristischen Herausforderungen meistern.

Diese Existenzverunsicherung bei jungen Geflüchteten führt mangels zur Verfügung stehender Instrumentarien zur Perspektivlosigkeit. In Folge sind bei jungen Geflüchteten entsprechend zunehmend autoaggressive und depressive Verhaltensänderungen zu beobachten. Zu beobachten sind auch vermehrt Konsum von Alkohol und Drogen, Gewalt und Kriminalität, Suizidandrohungen, die Einstellung von Sozialkontakten, der komplette Rückzug aus den Strukturen der demokratischen Gesellschaft und das Abtauchen in die Illegalität bis hin zum vollzogenen Suizid.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir an die Verantwortlichen in Politik und Staat, das Gleichgewicht von Ordnungspolitik und staatlicher Fürsorge im Blick zu behalten. Auch wenn ein dauerhafter Aufenthalt in Deutschland nicht möglich sein sollte, gilt es im gesamtgesellschaftlichen Interesse, junge Geflüchtete durch geeignete Maßnahmen zu stärken und zu qualifizieren, um ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern.

München, 02. Oktober 2017

Kontakt:

Dr. Christian Lüders

Vorsitzendes Mitglied des Bayerischen Landesjugendhilfeausschusses

ZBFS-Bayerisches Landesjugendamt

Marsstraße 46

80335 München

E-Mail: blja-oeffentlichkeitsarbeit@zbfs.bayern.de